

Renten steigen zum 1. Juli um 4,24 Prozent



Millionen Rentnerinnen und Rentner erhalten höhere Bezüge. Symbolfoto: Fernando Gutierrez-Juarez/dpa

Die Bezüge werden spürbar angehoben. Weichen zur künftigen Entwicklung sollen erst noch gestellt werden.

BERLIN Die Bezüge der über 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland steigen zum 1. Juli um 4,24 Prozent. Das Bundeskabinett beschloss dafür eine Verordnung von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD). Verantwortlich für die Steigerung ist die Lohnentwicklung. Infolge der Erhöhung steigt zum Beispiel eine monatliche Rente von 1000 Euro um gut 42 Euro. Der Bundesrat muss noch zustimmen.

Maßgeblich ist auch eine Fixierung der Haltelinie beim Rentenniveau, die die Koalition im Dezember mit ihrer ersten Rentenreform beschlossen hat. Bis 2031 gilt nun, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fallen darf. Dieser Wert beschreibt das Sicherungsniveau der Rente im Verhältnis zu den Einkommen. Die Haltelinie hatte zuvor nur bis 2025 gegolten. Infolge der Reform wurde sie nun auch bei der Berechnung der aktuellen Rentenerhöhung berücksichtigt, konkret der Festsetzung des aktuellen Rentenwerts.

Zum 1. Juli wird der Rentenwert von 40,79 auf 42,52 Euro angehoben. Dieser Wert wird jährlich neu festgelegt und dadurch an die Veränderungen der Löhne und Gehälter angepasst. Er entspricht einer ungeminderten monatlichen Rente aus Beiträgen eines

Durchschnittsverdieners für ein Jahr. Für eine Standardrente bei durchschnittlichem Verdienst und 45 Beitragsjahren bedeutet diese Rentenanpassung laut Ministerium einen Anstieg um 77,85 Euro im Monat.

Bas sagte: „Ordentliche Renten sind kein Luxus, sondern eine Frage der Leistungsgerechtigkeit für die Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben.“ In der Erhöhung komme die Verlässlichkeit der gesetzlichen Rente zum Ausdruck. „Durch die Kopplung der Renten an die Löhne stellen wir sicher, dass die Rentnerinnen und Rentner an der Wohlstandentwicklung der arbeitenden Bevölkerung teilhaben.“

Aktuell wird hinter den Kulissen über die Zukunft der Alterssicherung angesichts der wachsenden Zahl von Babyboomern im Rentenalter verhandelt. Eine Kommission der Bundesregierung soll bis zum Ende des zweiten Quartals Vorschläge für grundsätzliche Reformen machen. Dort sind nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten, sondern auch Vertreter der Koalitionsfraktionen. Vor ihrer ersten Rentenreform im Dezember hatte die Koalition heftig über die erwarteten Milliardenkosten einer Stabilisierung des Rentenniveaus gerungen. **(dpa)**

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat sich offen für Änderungen beim Rentenalter in Deutschland gezeigt. Das Rentenalter an die Beitragsjahre zu koppeln, sei „ein Element einer Rentenversicherung, das ich mir vorstellen kann“, bekräftigte der CDU-Vorsitzende in einem Interview. Auf die Frage, ob das gesetzliche Rentenalter über 67 hinaus steigen sollte, sagte Merz: „Ich halte mich nicht an Geburtsdaten fest, das ist irrelevant. Die Arbeitsministerin, Bärbel Bas, hat es einmal sehr richtig formuliert: Entscheidend sind die Beitragsjahre und nicht das Lebensalter.“